



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

FRAKTION KOMPAKT

Das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion

Januar - 2025

Ausgabe 12

Deutschland eine Zukunft bieten

Die AfD-Fraktion zeigt mit ihrer parlamentarischen Arbeit den Weg aus der Krise

DEM DEUTSCHEN VOLKE

Bildquelle: Adobe Stock / Friedberg



Auch als digitale Version:

www.afdbundestag.de/fraktionkompakt/

INHALT



ENDSPURT FÜR DEUTSCHLAND

Arbeitsschwerpunkte der AfD-Bundestagsfraktion



DIPLOMATISCHE VORARBEIT

Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, die Voraussetzungen für die Ausweisung ausreisepflichtiger Personen zu schaffen

3 VORWORT

4 NEUSTART FÜR DEUTSCHLAND

Die parlamentarischen Initiativen der AfD-Fraktion zeigen den Weg aus der Krise

7 WIRTSCHAFTSKOMPETENZ

Erster Unternehmertag der AfD-Fraktion

8 KAMPF UM DIE WAHRHEIT

Das dritte Corona-Symposium der AfD-Fraktion stand im Zeichen der veröffentlichten RKI-Protokolle und der überfälligen Aufarbeitung

12 ENDSPURT FÜR DEUTSCHLAND

Arbeitsschwerpunkte der AfD-Bundestagsfraktion

14 GRENZEN AUFZEIGEN

Deutschland hat das Recht und die Pflicht, nicht einreiserechtigte Asylantsteller abzuweisen

16 DEN BAUERN WIEDER AUF DIE BEINE HELFEN

Mit einem Zehn-Punkte-Programm zeigen wir Wege zur Rettung der deutschen Landwirtschaft auf

18 MIGRATION UND ANALPHABETISMUS

Die AfD-Fraktion schlägt vor, mithilfe der Volkshochschulen die Deutschkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund zu verbessern

20 DIPLOMATISCHE VORARBEIT

Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, die Voraussetzungen für die Ausweisung ausreisepflichtiger Personen zu schaffen

22 GESAMTDEUTSCHER TAG DER FREUDE

Der Fall der Berliner Mauer war ein Glücksfall für unsere Nation. Die AfD-Fraktion hält die Erinnerung daran wach

JETZT ABONNIEREN!

Sie können das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion **kostenfrei abonnieren**.

Sie erhalten dann jede neue Ausgabe von **Fraktion Kompakt** bequem per Post in einem **neutralen Umschlag**.





Die Abwärtsspirale unterbrechen

Ein Aufatmen geht durch das Land. Mit dem Bruch der Ampelregierung Anfang November und der verlorenen Vertrauensfrage von Bundeskanzler Olaf Scholz geht der Wunsch vieler Bürger nach Neuwahlen endlich in Erfüllung.

Unser Land, das von Fehlentscheidungen und Unterlassungen der bisherigen Bundesregierung schwer gebeutelt ist, hat damit die Chance auf einen Neuanfang. Doch die Krise ist noch lange nicht vorbei. Denn die verheerenden Folgen der ideologiegetriebenen Wohlstandsvernichtungspolitik von SPD, Grünen und FDP kann Deutschland nur bewältigen, wenn es einen entschiedenen Kurswechsel hin zu einer anderen Politik gibt, die die ökonomische Abwärtsspirale unterbricht und dadurch den weiteren Abstieg Deutschlands verhindert.

Wir haben als AfD-Fraktion in den vergangenen drei Jahren immer wieder vor den Folgen der Ampelpolitik gewarnt und im Bundestag unsere Vorstellungen von einer vernünftigen Politik im Sinne Deutschlands und seiner Bürger präsentiert. Dazu gehören insbesondere ein Umsteuern bei der verantwortungslosen Migrationspolitik der offenen Grenzen, der fatalen Energie- und Wirtschaftspolitik und dem gefährlichen Kriegskurs im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Die immer schneller fortschreitende Deindustrialisierung unseres Landes gefährdet unseren Wohlstand und muss entschlossen gestoppt werden.

Wir möchten Ihnen in dieser Ausgabe von »Fraktion Kompakt« zeigen, mit welchen Anträgen und Gesetzesinitiativen sich die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag für eine verlässliche Politik einsetzt, die nicht einer Ideologie folgt, sondern sich ausschließlich an den Interessen unseres Landes orientiert.

Machen Sie sich selbst ein unverfälschtes Bild von unserer parlamentarischen Arbeit.

Dr. Alice Weidel MdB
Fraktionsvorsitzende

Tino Chrupalla MdB
Fraktionsvorsitzender



Neustart für Deutschland

Die parlamentarischen Initiativen der AfD-Fraktion zeigen den Weg aus der Krise

Einen Tag nach der Wahl Donald Trumps zum 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zerbrach in Berlin die in lähmendem Misstrauen und Stillstand dahinsiechende Regierungskoalition. Eine Befreiung für unser Land – so haben viele das Ende des rot-grün-gelben Gespanns empfunden, das sich prahlerisch als »Fortschrittskoalition« bezeichnete, tatsächlich aber durch seine ideologiegetriebene Politik Deutschland an den Abgrund geführt hat.

Die Hoffnung auf eine Auflösung der Blockade und auf schnelle Korrektur der für unser Land schädlichsten Fehlentscheidungen der gescheiterten Regierung sollte jedoch nicht lange währen. Es hätte die Stunde des Parlaments werden können; tatsächlich schlug erst einmal die Stunde der parlamentarischen Trickereien und politischen Hinterzimmergespräche.

Historisches Versagen der Unionsfraktion

Obwohl das ganze Land nach sofortigen Neuwahlen rief, zögerte Bundeskanzler Olaf Scholz, dem die Regierungsmehrheit abhandengekommen war, die fällig gewordene Vertrauensfrage quälend lange hinaus. Sechs Wochen des Zauderns und Taktierens, des Schönredens und der Realitätsverweigerung mussten ins Land gehen, bis am 16. Dezember 2024 der Bundestag endlich darüber abstimmen konnte, ob er dem Kanzler das Vertrauen entzieht, das Olaf Scholz bei den Bürgern schon vor langer Zeit verloren hatte.

Statt den geraden Weg zu gehen und die Vertrauensfrage sofort zu stellen, damit der Antrag auf Auflösung des Bundestages an den Bundespräsidenten gerichtet werden kann, wurde mit Zustimmung der Fraktion der CDU/CSU ein Zeitplan ausgehandelt, der Neuwahlen erst am 23. Februar 2025 vorsieht.

Das Ausscheiden der FDP aus der Koalition bot dem Deutschen Bundestag die einmalige Gelegenheit, die Interessen des Souveräns selbstbewusst wahrzu-

nehmen und neue Mehrheiten zu organisieren, um durch die sofortige Aufhebung zahlreicher Ampel-Fehlentscheidungen den Bürgern und der zusammenbrechenden Wirtschaft unseres Landes schnelle Entlastung zu schaffen.

Wichtige Sofortmaßnahmen zur Krisenbewältigung hätten umgehend beschlossen werden können, unabhängig vom Lavieren des Kanzlers und seiner Rest-Regierung: Zurückweisungen an den Grenzen, Wiedereinstieg in die Kernkraft, Aufhebung des Verbots von Verbrennermotoren. Das historische Versagen der Unionsfraktion als nominell stärkster Oppositionskraft hat das verhindert.

Die CDU/CSU-Fraktion hat nicht nur für die auf den Koalitionsbruch folgende Sitzungswoche ihre eigenen Anträge zurückgezogen, sie hat zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen und SPD das ganze Parlament faktisch lahmgelegt und die parlamentarische Arbeit schlicht verweigert. Die Union hat zugelassen, dass die Tagesordnung von weiteren Initiativen zur Korrektur der Ampelpolitik gesäubert wurde, und sie hat offen angekündigt, keine Anträge mehr stellen zu wollen, weil die Gefahr bestehe, dass diese angenommen werden – und zwar auch mit den Stimmen der AfD-Fraktion.

Das ist nicht nur demokratische Unkultur und Missachtung des Parlaments, es ist ein Offenbarungseid. Natürlich war der Unionsfraktion bewusst, dass sie den sinnvollen Anträgen der AfD-Fraktion ehrlicherweise zustimmen müsste, sie hatte aber nicht die Courage dazu. Eine Blamage bis auf die Knochen. Hasenfüßig versteckt sich die Union hinter dem linken Dogma der »Brandmauer«, die ihr offenkundig wichtiger ist als das Wohl Deutschlands und seiner Bürger.

Epochale Fehlentscheidungen

Ein Bündnis aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU/CSU strich inmitten einer der schwersten Krisen unseres Landes Sitzungswochen im Novem-

ber 2024 und Januar 2025 einfach ersatzlos vom zuvor beschlossenen Sitzungsplan des Deutschen Bundestages, obwohl angesichts der Migrations- und Wirtschaftskrise dringende Entscheidungen gefällt werden mussten.

Friedrich Merz und die von ihm geführte Unionsfraktion sind keine Alternative zu dieser Regierung und zu diesem Kanzler. Sie können es auch schwerlich sein, denn CDU und CSU haben die existenzielle Krise unseres Landes genauso zu verantworten wie die Ampelparteien. So gut wie alle epochalen Fehlentscheidungen, die zum Niedergang Deutschlands und seiner Volkswirtschaft führten, wurden von Bundesregierungen unter der CDU-Kanzlerin Angela Merkel getroffen.

Die Energiewende und die üppige Subventionierung der sogenannten Erneuerbaren Energien, der überstürzte Ausstieg aus der Kernkraft, die CO₂-Abgabe, die Energie unsinnig verteuert und verknappt, der planwirtschaftliche Krieg gegen die deutsche Automobilindustrie mit absurden Emissionsgrenzwerten, die Bekämpfung der weltweit führenden deutschen Motorenteknologie und der Elektroauto-Wahn – das alles wurde in den vergangenen zwei Jahrzehnten von Bundesregierungen auf den Weg gebracht oder wesentlich vorangetrieben, die von der Union geführt wurden.

Nicht zu vergessen die Öffnung Deutschlands für eine im wahrsten Wortsinn »grenzenlose« illegale

Migration durch den Willkommensruf von 2015. Die Herrschaft des gebremsten Rechts in der Migrationspolitik wurde unter einer Unionskanzlerin errichtet und von der Ampelregierung fortgeführt.

Vorschläge für einen Neustart Deutschlands

Die Unionsfraktion hat in den zurückliegenden drei Jahren auch die Mehrzahl der Projekte der Ampelregierung bereitwillig mitgetragen und ist stolz darauf. Nach sechzehn Jahren der Kanzlerschaft Angela Merks und drei Jahren unter dem Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz ist die CDU/CSU im Deutschen Bundestag nicht mehr das energische Gegengewicht zu einem politischen Versuchslabor, das sich Bundesregierung nennt, sondern ein hilfsbereiter Ja-Sager zu Politprojekten des links und grün gesinnten Establishments. Überall dort, wo die CDU regiert, herrscht offen oder verdeckt grüne Ideologie.

Die Bürger haben davon genug. Sie wollen Arbeit, Sicherheit und Wohlstand. Sie verlangen eine verlässliche und vernünftige Politik, die die Voraussetzungen dafür schafft, dass sie selbst für sich und ihre Familien sorgen können. Sie erwarten eine Politik, die sich nicht in ihr Privatleben einmischt und ihre Meinungsfreiheit beschränkt.

Die Bürger wollen einen Neustart für Deutschland. Eine Regierung, die Deutschland wieder nach vorne bringen will, muss

- 01 die destabilisierende Masseneinwanderung dauerhaft stoppen – durch Grenzschießungen, Rückführungen und die Beseitigung der Pull-Faktoren für illegale Migration in die Sozialsysteme;
- 02 die ökosozialistische »Transformations«-Planwirtschaft beenden, Bürokratie und Staatseingriffe zurückfahren und wieder mehr bürgerliche und unternehmerische Freiheit ermöglichen;
- 03 durch eine pragmatische Energiepolitik die Energiekosten senken und auf einem niedrigen Niveau stabilisieren;
- 04 Einkommen- und Konsumsteuern drastisch senken, den Einkommensteuerfreibetrag auf 14.000 Euro erhöhen und die Unternehmensteuern auf ein konkurrenzfähiges Niveau senken;
- 05 im Gegenzug unsinnige und ideologisch motivierte Staatsausgaben streichen;
- 06 die Staatsausgaben auf den wesentlichen Kern staatlicher Vorsorge konzentrieren: eine funktionierende Infrastruktur, sichere Energieversorgung, innere und äußere Sicherheit, die Aufrechterhaltung und Stärkung von Rechtsstaat und öffentlicher Ordnung.

Eine von der AfD geführte Bundesregierung wird in den ersten hundert Tagen

- 01 die Grenzen lückenlos schließen, jeden illegal oder ohne Ausweispapiere Einreisenden zurückweisen und über diesen neuen Kurs weltweit informieren;
- 02 die Versorgung von Asylbewerbern von Geld- auf Sachleistungen umstellen, Sozialleistungen für Personen ohne Aufenthaltsrecht streichen und umfassende Rückführungen für ausreisepflichtige, kriminelle und nicht – oder nicht mehr – asylberechtigte Personen organisieren und durchführen;
- 03 das Asylrecht präzisieren: Asyl ist Aufenthalt auf Zeit und endet, wenn der Fluchtgrund entfällt. Die Versorgung von Flüchtlingen in ihrer Region hat Vorrang; sie sollten erst gar nicht Deutschland kommen;
- 04 Turbo-Einbürgerungen nicht mehr ermöglichen und einen automatischen Anspruch auf den deutschen Pass nicht mehr zulassen;
- 05 nach dem Vorbild Ungarns und der Niederlande den Ausstieg aus dem EU-Asylsystem erklären;
- 06 das »Bürgergeld« zu einer »aktivierenden Grundsicherung« umbauen und auf Staatsbürger und legal anwesende EU-Bürger beschränken;
- 07 das Verbot von Verbrennermotoren und das Heizungsdiktat zurücknehmen;
- 08 die Energiesteuern senken und die CO₂-Abgabe abschaffen;
- 09 den »Solidaritätszuschlag« nicht mehr erheben und eine grundlegende Steuerreform und Steuervereinfachung auf den Weg bringen;
- 10 das Bürokratiemonster »Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz« annullieren;
- 11 Subventionen und Förderprogramme für Klimaschutz und sogenannte erneuerbare Energieträger, namentlich die EEG-Umlage, streichen;
- 12 die staatliche Subventionierung sogenannter Nichtregierungsorganisationen beenden und die Ausgaben für Entwicklungshilfe durchforsten;
- 13 die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen, dass Energieunternehmen noch funktionsfähige Kernkraftwerke wieder in Betrieb nehmen und in zukunftsfähige Reaktoren der neuesten Generation investieren können.

Wirtschaftskompetenz

Erster Unternehmertag der AfD-Fraktion

Erstmals richtete die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Unternehmertag aus. Über 160 Unternehmer folgten der Einladung und informierten sich am 17. Oktober 2024 über das Wirtschaftsprogramm der Fraktion.

Die Fraktionsvorsitzende Dr. Alice Weidel richtete ein Grußwort an die Teilnehmer. Abgeordnete, Ökonomen und Unternehmer führten in vielen Panelgesprächen durch das Programm. Thematische Schwerpunkte waren unter anderem die Steuer- und Abgabenlast, der Bürokratieabbau, das Lieferkettengesetz, die Fachkräftegewinnung und die Energiekosten.

Höhepunkt der Veranstaltung war ein Podiumsgespräch zwischen dem Fraktionsvorsitzenden Tino Chrupalla, dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktion Leif-Erik Holm sowie den Unternehmern Hans-Bernd Pillkahn und Axel Turck, das vom Parlamentarischen Geschäftsführer Stephan Brandner moderiert wurde.

Die Meinung der Abgeordneten und Gäste nach Abschluss der Veranstaltung war einhellig: Der Unternehmertag der AfD-Bundestagsfraktion muss auch im kommenden Jahr stattfinden.



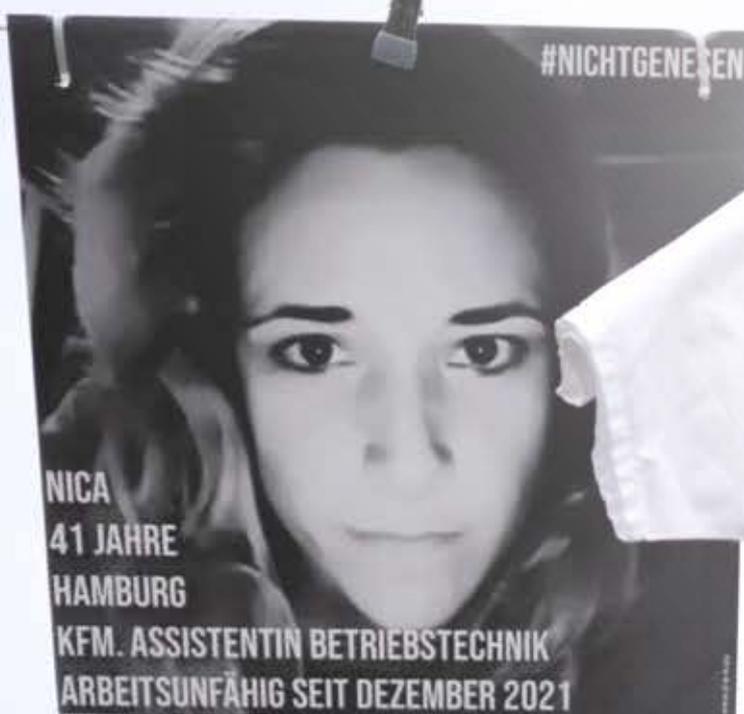
Die Abgeordneten Uwe Schulz (links) und Stephan Brandner



Podiumsgespräch mit Fraktionschef Tino Chrupalla (Mitte)

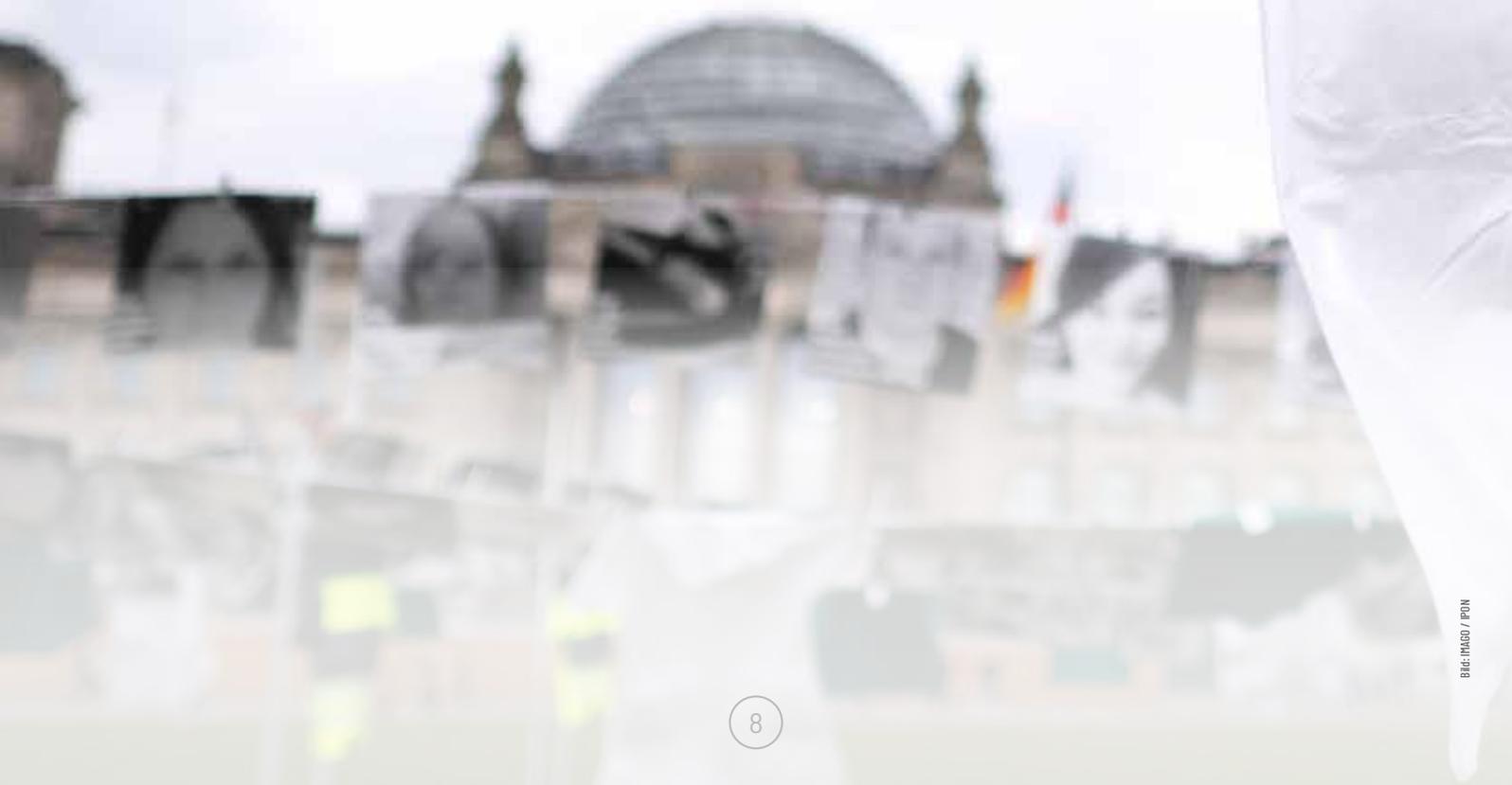


Fraktionsvorsitzende Dr. Alice Weidel mit einem Grußwort an die Teilnehmer



Kampf um die Wahrheit

Das dritte Corona-Symposium der AfD-Fraktion stand im Zeichen der veröffentlichten RKI-Protokolle und der überfälligen Aufarbeitung



Am 2. und 3. November 2024 fand das 3. Corona-Symposium im Deutschen Bundestag statt. Die AfD-Bundestagsfraktion hatte Fachleute aus Wissenschaft, Justiz und Medien eingeladen, um sich gemeinsam mit der Öffentlichkeit darüber zu informieren, wie in der Corona-Krise unter dem Deckmantel der Wissenschaft politische Macht missbraucht wurde – und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, um ähnliche Übergriffe künftig zu verhindern.

Wenige Monate zuvor, am 23. Juli 2024, hatte die Journalistin Aya Velazquez den vollständigen Datensatz aller Sitzungsprotokolle des Krisenstabs des Robert-Koch-Instituts (RKI) sowie größere Mengen an Zusatzmaterial, darunter Briefe, Excel-Sheets und E-Mails aus den Jahren 2020 bis 2023 veröffentlicht. Dass diese Dokumente ohne Schwärzungen ans Licht kamen, ist einem anonymen Whistleblower zu verdanken. Seither ist belegt: Die Bundesregierungen unter Kanzlerin Angela Merkel und Kanzler Olaf Scholz haben sich immer wieder politisch über wissenschaftliche Fakten und die fachlichen Einschätzungen des RKI hinweggesetzt.

Wie konnte es zu der übergriffigen Handhabung politischer Macht kommen? Welche Rolle spielten das RKI und das Paul-Ehrlich-Institut? Wie agierten Justiz und Medien – allen voran ARD und ZDF? Wer muss zur Verantwortung gezogen werden? Und vor allem: Wie lassen sich Rechtsstaat und Demokratie künftig vor Willkür und Machtmissbrauch schützen?

Diese Fragen standen im Mittelpunkt des diesjährigen Corona-Symposiums, zu dem gut 300 Interessierte an zwei Tagen in das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus gekommen waren. In einem fulminanten Eröffnungsvortrag stellte der Finanzwissenschaftler Stefan Homburg die wichtigsten Dokumente aus dem RKI-Leak vor. Er zeigte auf, welche politische Sprengkraft in den Dokumenten steckt: Erstmals liegen schwarz auf weiß Beweise für eine jahrelange Irreführung der Öffentlichkeit durch die beiden letzten Bundesregierungen vor. Angefangen bei der Täuschung vieler Bundestagsabgeordneter vor der Ausrufung einer »epidemischen Lage nationaler Tragweite« über die Verhängung ungerechtfertigter Grundrechtseinschränkungen bis hin zur Verabschiedung von Gesetzen, die Hunderttausende zu einer experimentellen und fragwürdigen Impfung zwangen.

Zu einem ähnlichen Schluss kam auch Andreas Sönichsen. In seinem Vortrag ging er der Frage nach, ob

die Wissenschaft in der Corona-Krise versagt habe. Die Antwort darauf ist für den Mediziner ein klares Nein. Zu jedem Zeitpunkt hätten die erforderlichen wissenschaftlichen Fakten für eine valide Einschätzung der Situation vorgelegen. Sie wurden von der Politik jedoch nicht nur ignoriert, sondern zum Teil in ihr Gegenteil verkehrt. Auch Versuche, Impfstoffe gegen Sars-CoV-2 nach klassischem Prinzip zu entwickeln, seien regelrecht unterdrückt worden, berichtete der Mediziner und Unternehmer Winfried Stöcker in Berlin.

Tatsächlich bestanden die Widersprüche zwischen öffentlich verkündeten Botschaften und den Fakten von Anfang an: So hielt der RKI-Krisenstab Ende März 2020 fest, dass es zu diesem Zeitpunkt in Deutschland keinerlei Hinweise auf eine massive Ausbreitung von SARS-CoV-2 gab. So heißt es im Krisenstab-Protokoll vom 24. März 2020; die Ergebnisse des AGI-Sentinel – einem seit Jahren bewährten System zur Überwachung hiesiger akuter respiratorischer Erkrankungen – legten nahe, dass der Erreger keineswegs »breit zirkuliert«.

Schwerste Grundrechtseingriffe seit Gründung der Bundesrepublik

Dennoch stellte der Bundestag nur einen Tag später eine »epidemische Lage nationaler Tragweite« fest. Auf Grundlage dieses Beschlusses konnte die Bundesregierung spezielle Notstandsgesetze erlassen und Maßnahmen zur Bekämpfung der vermeintlichen Epidemie zu ergreifen. Der politische Ausnahmezustand wurde bis Ende November 2021 aufrechterhalten und verlieh unter anderem dem damaligen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) eine enorme Machtfülle. Spahn selbst war es, der am 23. März 2020 vorschlug, die »epidemische Lage nationaler Tragweite« festzustellen. Fortan kam es zu den schwerwiegendsten Grundrechtseingriffen seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland.



Bundestagsdrucksache 20/3706

Einsetzung des 2. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode (Bekämpfung des Corona-Virus)

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert seit Langem eine gründliche Aufarbeitung dieser Zeit. Bereits 2022 hat sie dem Deutschen Bundestag einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses vorgelegt.



Corona-Symposium im Bundestag: Massive Defizite bei der Berichterstattung über die Krise

Alle anderen Fraktionen lehnten diesen Antrag ab. Kurz vor den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Herbst 2024 verlangte auch das Bündnis Sahra Wagenknecht die Einsetzung eines Corona-Untersuchungsausschusses. Die AfD-Fraktion hat sich diesem BSW-Antrag inzwischen angeschlossen – um der Sache zu dienen und dem gemeinsamen Ziel zum Erfolg zu verhelfen.

In einem zweiten Themenblock widmete sich das Symposium der Rolle der Justiz. Der Vorsitzende Richter a. D. Manfred Kölsch gab wichtige Einblicke in die Steuergeldvernichtung durch die vom Bundesgesundheitsministerium unter Jens Spahn veranlasste, rechtlich fragwürdige Maskenbeschaffung. Rechtsanwalt Ralf Ludwig reflektierte über die Frage, ob sich Politik und Justiz durch ihr umstrittenes Agieren seit 2020 strafbar gemacht haben. Der ehemalige Soldat Jan Reiners berichtete über das Unrecht, das ihm selbst in der Bundeswehr nach seiner Impf-Verweigerung widerfahren ist. Die Fachanwältin für Medizinrecht Beate Bahner gab Einblick in zahlreiche juristische Fälle, in denen aus ihrer Sicht Rechtsstaatlichkeit nur noch vorgetäuscht wird.

Im anschließenden Themenblock zur Rolle der Medien zeigte der Allgemeinmediziner Gunter Frank auf, warum Zeitungen und TV-Sender aus seiner Sicht die wichtigsten Treiber des Corona-Trubels waren; auch und gerade die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Woran diese kranken, schilderte auf dem Symposium der ehemalige Redakteur des Südwestrundfunks Ole Skambraks. Dass es seit

Jahren einen regelrechten Kampf um die Wahrheit gibt, berichtete der Unternehmer Peter Weber. Um der Wahrheit zu ihrem Recht zu verhelfen, hat er 2020 einen eigenen Sender gegründet. »Hallo Meinung« hat inzwischen 6300 Sendungen ausgestrahlt – und eine Reichweite, von der viele klassische Medien nur noch träumen können.

Auch der Rechtsanwalt Markus Haintz ist in der Corona-Krise neben seiner Arbeit in der Kanzlei zum Medienmacher geworden. In Berlin schilderte er in anschaulicher Weise, wie hierzulande von Gerichten in Sachen Meinungsfreiheit allzu oft mit zweierlei Maß gemessen wird – je nachdem, ob derjenige, der etwas ausspricht, regierungstreu ist oder nicht. Den Abschluss bildete der Vortrag des Diplom-Biologen und Journalisten Timo Rieg. Er berichtete über eine umfangreiche mehrjährige Analyse der Qualitätsdefizite im Corona-Journalismus. Rieg hat dazu Hunderte von journalistischen Beiträgen untersucht. Er kommt zu dem Schluss: Die massiven Qualitätsdefizite, die in den vergangenen Jahren zutage traten, lassen sich leicht beheben – wenn man es nur will: mit gründlicher Recherche und echtem Interesse an der vollständigen Wahrheit.

Für alle, die beim diesjährigen Corona-Symposium der AfD-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag nicht dabei sein konnten, gibt es die Möglichkeit, die Vorträge und Diskussionen nachträglich anzusehen und anzuhören. Das Video der gesamten Veranstaltung ist unter folgendem Link zu finden:

<https://afdbundestag.de/corona-symposium3/>



Thomas Dietz MdB, Mitglied im Gesundheitsausschuss; Andreas Sönnichsen, Mediziner; Mario Nieswandt, Filmproduzent; Sabrina Kollmorgen, Sprecherin von »Die Blaulicht-Familie« (von links, stehend)



Beate Bahner, Fachanwältin für Medizinrecht



Ralf Ludwig, Rechtsanwalt



Endspurt für Deutschland

Arbeitsschwerpunkte der AfD-Bundestagsfraktion

Bild: IMAGO / Beaufin Sports

Nach drei Jahren Ampelregierung befindet sich Deutschland in der schwersten Krise seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die Ampel selbst hat sich zerstritten und in vielen Bereichen geht es mit Deutschland bergab. Die Deindustrialisierung schreitet zusehends voran. Für das letzte Jahr der Wahlperiode bis zur Bundestagswahl 2025 gibt sich die AfD-Bundestagsfraktion daher folgende Arbeitsschwerpunkte:

I. **Schwerpunktbereich Innenpolitik**

- 1. **Islamismus bekämpfen, illegale Zuwanderung unterbinden, innere Sicherheit wiederherstellen**

Forderungen der AfD-Bundestagsfraktion

1. **Lückenlosen Grenzschutz und konsequente Zurückweisung illegaler Einwanderer ermöglichen:** Grenzen müssen kontrollierbar werden, notfalls auch durch den Einsatz von Grenzzäunen. Jeder, der die Staatsgrenze unberechtigt überschreiten will, muss zurückgewiesen werden – selbst dann, wenn er »Asyl« beantragen will. (BT-Drs. 20/3931, 20/6485, 20/11626)
2. **Abgelehnte Asylbewerber konsequent abschieben:** Wessen Asylantrag abgelehnt ist, muss Deutschland verlassen. Die hierfür auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene nötigen rechtlichen Regelungen können entsprechend angepasst werden. (z. B. BT-Drs. 20/1508, 20/6184, 20/11962)
3. **Islamismus bekämpfen:** Islamistische Organisationen müssen konsequent auf ein Verbot hin überprüft werden (BT-Drs. 20/11373, 20/11618). Die Einreise islamistischer Prediger muss unterbunden werden. Weiterhin gilt es, die Finanzierung des Islamismus aus dem Ausland auszutrocknen. (BT-Drs. 20/1020)
4. **Kriminalität bekämpfen:** Eine Null-Toleranz-Politik gegen Kriminalität, bei der auch kleinere Verstöße konsequent geahndet werden, ist dringend geboten. (BT-Drs. 20/4871, 20/7576, 20/11757)
5. **Anreize zu illegaler Einwanderung (Pull-Faktoren) beseitigen:** Keine Asylverfahren für Personen, die aus sicheren Drittstaaten einreisen; keine Asylverfahren für Personen ohne Identitätsdokumente; kein Spurwechsel oder »Chancenaufenthalt« – Asyl darf nicht zum Mittel der dauerhaften Einwanderung werden; keine freiwilligen Aufnahmeprogramme oder Familiennachzug für nur subsidiär Schutzberechtigte; kein Einbürgerungsanspruch für Einwanderer, stattdessen Ermessensentscheidungen im deutschen Interesse; kein Doppelpass; keine Unterstützung oder Duldung von Schleusungen im Mittelmeer. (BT-Drs. 20/4051, 20/4845, 20/9846)

II ● **Schwerpunktbereich Wirtschaftspolitik** ● **Deindustrialisierung stoppen – Aufschwung für Deutschland**

Forderungen der AfD-Bundestagsfraktion

- 1. Alle Weichen auf Freiheit stellen und die fleißigen Bürger und Betriebe durch niedrigere Steuern und Abgaben wieder zum Arbeiten und Investieren in Deutschland ermutigen:** Wir wollen den Einkommensteuerfreibetrag auf 14.000 Euro erhöhen und die Unternehmensteuern auf ein international konkurrenzfähiges Niveau senken. (BT-Drs. 20/11149, 20/11378)
- 2. Bezahlbare, wettbewerbsfähige Energiepreise sicherstellen:** Dazu werden wir die CO₂-Bepreisung abschaffen, die Strom- und Energiesteuern massiv senken, die Explosion der Netzentgelte nachhaltig verhindern sowie das Angebot von stabiler Energie durch die Wiederaktivierung der Kernkraftwerke und die Laufzeiten der Kohlekraftwerke ausweiten. (BT-Drs. 20/2589, 20/9155)
- 3. Zur Technologieoffenheit zurückkehren:** Wir werden die ideologischen Verbote des Verbrennungsmotors sowie von Gas- und Ölheizungen abschaffen. (BT-Drs. 20/8741, 20/7357)
- 4. Bürokratie endlich spürbar abbauen:** Überflüssige gesetzliche Pflichten für Unternehmen wie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz sowie die Nachhaltigkeitsberichterstattung müssen abgeschafft werden. (BT-Drs. 20/8875, 20/10062)
- 5. Dem Fachkräftemangel wirksam begegnen:** Wir wollen mit mehr Netto vom Brutto dafür sorgen, dass gut qualifizierte Deutsche nicht abwandern und ausgewanderte Bürger zurückkehren, weil sich das Arbeiten in der Heimat wieder lohnt. Rentnern wollen wir mit einem zusätzlichen Freibetrag von 12.000 Euro eine attraktive Möglichkeit bieten, weiterhin im Berufsleben aktiv zu bleiben. Mit einer aktivierenden Grundsicherung werden wir außerdem dafür sorgen, dass Hunderttausende arbeitsfähige Bürgergeldempfänger in den Arbeitsmarkt zurückkehren. (BT-Drs. 20/11294, 20/11378)

III ● **Schwerpunktbereich Arbeit und Soziales** ● **Einen wehrhaften Sozialstaat schaffen – Einwanderung in die Sozialsysteme stoppen**

Forderungen der AfD-Bundestagsfraktion

- 1. Strikte Sachleistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge** nach dem Prinzip »Brot, Bett und Seife« (BT-Drs. 20/4051)
- 2. Bekämpfung von Pendelmigration und Sozialtourismus** – unter anderem durch die verpflichtende Meldung Nichtdeutscher in den Passagierlisten von Fernbusunternehmen an die Bundespolizei mit der Möglichkeit des Abgleichs durch Jobcenter bei Verdachtsfällen; Einführung digitaler Fingerabdruck-Scanverfahren (BT-Drs. 20/11745)
- 3. Bürgergeldleistungen nur für Deutsche** (BT-Drs. 20/4051) – insbesondere Beendigung des Bürgergeldbezugs für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine (BT-Drs. 20/10063)
- 4. Aktivierende Grundsicherung für Deutsche statt Bürgergeld für die ganze Welt** – Einführung einer Arbeitspflicht im gemeinnützigen Bereich für Asylbewerber und für erwerbsfähige Empfänger von Bürgergeld nach einer Karenzzeit von sechs Monaten (BT-Drs. 20/3943)



Bild: Adobe Stock / Jürgen Fichte

Grenzen aufzeigen

Deutschland hat das Recht und die Pflicht, nicht einreiseberechtigte Asylantragsteller abzuweisen

Deutschland ächzt unter der ungebremsen Masseneinwanderung. Dem entgegenzuwirken ist nicht zuletzt eine Forderung von Recht und Gesetz. Seit Beginn ihrer Arbeit im Bundestag steht die AfD-Fraktion auf dem Standpunkt, dass ausnahmslos jeder nicht zur Einreise Berechtigte an unseren Landgrenzen zurückzuweisen ist, und zwar auch dann, wenn er »Asyl« beantragen will.

Das ist nicht nur eine politische Forderung, sondern entspricht der Gesetzeslage. Die Bestimmung des Paragraphen 18 Absatz 2 Nr. 1 Asylgesetz lässt hier an Klarheit nichts zu wünschen übrig: »Dem Ausländer ist die Einreise zu verweigern, wenn er aus einem sicheren Drittstaat (Paragraph 26a) einreist.« In diesem Fall verleiht ein Asylantrag aufgrund von Artikel 14a Absatz 2 Grundgesetz kein eigenes Einreiserecht. Da Deutschland ausschließlich von siche-

ren Drittstaaten – den EU-Staaten und der Schweiz gemäß Paragraph 26a Absatz 2 Asylgesetz umgeben ist, müsste jedem Asylantragsteller, der auf dem Landweg die Bundesgrenze erreicht und keine anderweitige Einreiseberechtigung vorweisen kann, die Einreise verweigert werden. Das ist die eindeutige Aussage des Gesetzes.

Gehandelt wird an den Grenzen jedoch ganz anders. Wer »Asyl« sagt, wird von der aufgreifenden Grenzbehörde in eine Erstaufnahmeeinrichtung gebracht, dem sich ein mehrere Jahre hinziehendes Asylverfahren anschließt, an dessen Ende der unerlaubt Eingereiste in der Regel auch dann in Deutschland verbleibt, wenn ihm kein Schutzstatus zuerkannt wird. Wird dann die unerlaubte Einreise nicht strafrechtlich verfolgt, wie die einschlägigen Paragraphen des Aufenthalts-

gesetzes vorsehen, entsteht das Bild eines entscheidungsunwilligen und -unfähigen Staates.

Als Deutschland aufgrund dieser Praxis im Jahr 2015 in eine große Migrationskrise schlittert, sprach der damalige bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) von einer »Herrschaft des Unrechts«. Doch Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sah es ganz anders. Rechtlich könne man zurückweisen, müsse aber nicht. Und auch eine noch weitergehende Rechtsauffassung soll schon damals im Bundesministerium des Innern vertreten worden sein: Europäisches Recht verbiete die Zurückweisung von Asylantragstellern an der Grenze und überlagere anderslautendes deutsches Recht.

Die Befürworter dieser Rechtsauffassung, die deutsches Recht für unwirksam erachten, argumentieren wie folgt: Zwar sei Deutschland nach den Dublin-Regeln nicht zuständig für die Durchführung von Asylverfahren von Antragstellern, die uns auf dem Landwege erreichen, wohl aber für das sogenannte Zuständigkeitsbestimmungsverfahren. Um also den für die Durchführung des Asylverfahrens zuständigen Mitgliedstaat ermitteln zu können, dürfe der Asylantragsteller nicht abgewiesen werden. Dass in der Folge dann in aller Regel trotzdem ein vollständiges Asylverfahren in Deutschland stattfindet, weil der Ausländer bei seiner Einreise in die Europäische Union gar nicht registriert worden ist oder, wenn er registriert wurde, vom eigentlich zuständigen Mitgliedstaat gleichwohl nicht zurückgenommen wird, steht auf einem anderen Blatt.

AfD-Fraktion legt grundsätzliche Forderungen vor

Während die Auffassung, dass man zwar zurückweisen könne, es aber nicht müsse, mittlerweile nur noch von wenigen Akteuren im politischen Raum vertreten wurde, machte das Argument, europäisches Recht überlagere deutsches Recht, zunehmend Karriere. Dieser Auffassung folgt auch die derzeitige Bundesinnenministerin. Welcher Rechtsauffassung Horst Seehofer in seiner Zeit als Bundesinnenminister und Nachfolger de Maizières persönlich anhing, ist nicht bekannt. Jedenfalls änderte sich an der Praxis der Nichtzurückweisung von Asylbewerbern auch unter seiner Ägide nichts.

Angesichts der sich seit 2022 entwickelnden neuerlichen großen Migrationskrise mit Zuströmen, die jene des Jahres 2015 noch in den Schatten stellen, sah sich die AfD-Fraktion im Herbst 2023 veranlasst, ihre zahlreichen über die Jahre hinweg entwickelten Initiativen und Forderungen im Bereich der Migration zu Grundsatzanträgen zusammenzufas-

sen und die grundsätzliche Rechtsfrage der Zurückweisung von Asylantragstellern an den Landgrenzen zu vertiefen. Ergebnis dieser Arbeit sind unter anderem zwei Initiativen der Fraktion, die unter den [Drucksachennummern 20/12802 und 20/11626](#) dem Bundestag zur Beschlussfassung vorgelegt wurden.

Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist der Ordre-Public-Vorbehalt. Das ist das prinzipiell nicht aufzuhebende, in seinem Daseinszweck wurzelnde Recht des Staates, dem zugleich die Pflicht entspricht, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten und die Sicherheit seiner Bürger zu schützen. Diesen Vorbehalt eines Staates erkennen selbst die EU-Verträge an. Daraus folgt, dass solange die Europäische Union nicht in der Lage ist, den versprochenen »Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen« einschließlich eines funktionierenden Asylsystems herzustellen (»Dysfunktionalität« des Dublin-Systems), die Mitgliedstaaten der Selbsteintrittspflicht unterliegen, aus eigenem Recht die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit ihrer Bürger notwendig sind.

Noch 2023 stand die AfD-Fraktion mit derartigen Überlegungen völlig allein. Dann erschütterten die islamistischen Anschläge von Mannheim (31. Mai 2024) und Solingen (23. August 2024) die Nation. Die Bundesregierung geriet in die politische Defensive und musste anerkennen, dass »auch« der (importierte) islamistische Extremismus eine Gefahr ersten Ranges für die innere Sicherheit Deutschlands darstellt.

Jetzt handelte auch die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag: Zur zweiten und dritten Beratung des sogenannten Sicherheitspakets der Bundesregierung am 18. Oktober 2024 stellte die CDU/CSU-Fraktion unserem Antrag »Zurückweisungen von Drittstaatsangehörigen« ([Bundestagsdrucksache 20/11626 vom 30.01.2024](#)) am 16. Oktober 2024 einen eigenen Entschließungsantrag zur Seite, in dem sie fordert, »zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zum Schutz der inneren Sicherheit in Deutschland [...] umgehend auch solche Personen an den Binnengrenzen zurückzuweisen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU oder des Schengen-Raums bereits Aufnahme gefunden haben oder die einen Asylantrag auch in einem Staat, aus dem sie einreisen wollen, stellen können.«

Die Union liest nicht nur unsere Anträge, sie übernimmt auch zentrale Passagen. Unsere Politik wirkt!

Den Bauern wieder auf die Beine helfen

Mit einem Zehn-Punkte-Programm zeigen wir Wege zur Rettung der deutschen Landwirtschaft auf

Die öffentliche Aufmerksamkeit ist geschwunden, doch die Nöte der Landwirte sind geblieben. Gemeinsam diskutierten die Agrarpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion und der verschiedenen Landtagsfraktionen der Alternative für Deutschland im Rahmen eines interfraktionellen Treffens am 6. und 7. Oktober 2024 im Deutschen Bundestag über die Zukunft der deutschen Landwirtschaft. Sie erarbeiteten und beschlossen ein Zehn-Punkte-Programm zur Gesundung der deutschen Landwirtschaft, das folgende, sofort umsetzbare Maßnahmen enthält:

- 1. RENATIONALISIERUNG UND REGIONALISIERUNG DER AGRARPOLITIK**
- 2. STOPP SÄMTLICHER HANDELSABKOMMEN ZUM SCHADEN DEUTSCHER LANDWIRTE**
- 3. BÜROKRATIEABBAU IN DER LANDWIRTSCHAFT**
- 4. EINSATZ VON PFLANZENSCHUTZ- UND DÜNGEMITTELN WEITERHIN GEWÄHRLEISTEN**
LANDWIRTSCHAFTLICHE FLÄCHEN ERHALTEN – FLÄCHENFRASS DURCH ZWANGSSTILLEGUNGEN, DEN AUSBAU »ERNEUERBARER ENERGIEN« ODER WIEDERVERNÄSSUNG VON MOORBÖDEN VERHINDERN

- 6. TRADITIONELLE KULTURLANDSCHAFTEN SCHÜTZEN UND BEWAHREN**
- 7. NUTZTIERHALTUNG IN DEUTSCHLAND GEWÄHRLEISTEN UND FÖRDERN**
- 8. LEISTUNG MUSS SICH LOHNEN – INVESTITIONSSICHERHEIT FÜR LANDWIRTE**
- 9. STÄRKUNG DER MARKTPPOSITION LANDWIRTSCHAFTLICHER ERZEUGER GEGENÜBER DEN VERARBEITUNGSBETRIEBEN UND DEM HANDEL**
- 10. EINFÜHRUNG EINES ECHTEN AGRARDIESELS FÜR LANDWIRTE**

Diese zehn Punkte stellen die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung der deutschen Landwirtschaft dar. Es bestand große Einigkeit, dass die derzeitige EU-Agrarpolitik von Überregulierungen und Bürokratie geprägt ist. Da die Mitgliedstaaten die jeweiligen Vorgaben und Auflagen sehr unterschiedlich auslegen, kann von einer gemeinsamen Agrarpolitik keine Rede sein. Den deutschen Betrieben entstehen durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union in erster Linie große Wettbewerbsnachteile. Daher ist eine Renationalisierung der Agrarpolitik nur folgerichtig.



Wir beabsichtigen, den landwirtschaftlichen Betrieben wieder mehr unternehmerische Eigenverantwortung zurückzugeben und die Bauernfamilien mit wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen wieder in die Lage zu versetzen, von ihrer eigenen Hände Arbeit leben zu können. Dazu gehören vor allem ein umfangreicher Bürokratieabbau, die Sicherstellung bezahlbarer Energie, spürbare steuerliche Entlastungen, die Stärkung der Marktposition der Landwirte, die Förderung der regionalen Direktvermarktung, die Ausnahme vom Mindestlohn für ausländische Erntehelfer, die Einführung gleicher Standards für Nahrungsmittelimporte sowie eine verbindliche Herkunftskennzeichnung.

Im Mittelpunkt der deutschen Agrarpolitik müssen weiterhin die Nahrungsmittelproduktion und die Ernährungssicherheit stehen. Dennoch erachten wir es als zielführend, bestimmte Natur- und Umweltschutzmaßnahmen staatlich zu fördern. Statt der bisherigen Verbotspolitik setzen wir dabei jedoch auf freiwillige Kooperation und Anreize. Wir bekennen uns außerdem zur Tierhaltung in Deutschland, die den höchsten Haltungsstandards der Welt folgt. Die Abschaffung der heimischen Nutztierhaltung, die von der derzeitigen links-grünen Politik vorangetrieben wird, ist mit uns nicht zu machen. Es wäre ein Bärendienst am Tierschutz, wenn wir die Tiere künftig fast ausschließlich aus dem Ausland importieren müssten, wo deutlich niedrigere Standards gelten.

Die politische Umsetzung des gemeinsamen Zehn-Punkte-Programms ist dringend geboten, um die Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz bäuerlicher Familienbetriebe in Deutschland abzuwenden und die Versorgungssicherheit mit hochwertigen

regionalen Lebensmitteln zu gewährleisten. Darin waren sich alle anwesenden AfD-Agrarpolitiker einig.

Diese Forderungen bildeten die thematischen Schwerpunkte des ersten Agrarsymposiums der AfD-Bundestagsfraktion, das am 8. und 9. November 2024 in Berlin stattfand. Unter dem Motto »Eine echte Alternative für die Landwirtschaft« fanden sich mehr als hundert interessierte Gäste aus dem In- und Ausland zusammen, um intensiv über die drängendsten Herausforderungen in der deutschen Landwirtschaft zu debattieren.

Eröffnet wurde das Symposium mit einem Video-Grußwort der Fraktionsvorsitzenden Dr. Alice Weidel. Sie unterstrich den hohen Stellenwert der Agrarpolitik für die parlamentarische Arbeit der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Als Redner traten die Landwirte Elard von Gottberg, Hartwig Kurth, Jan-Willem Mulder und Hubert Mayer auf. Aus Sicht der Politik sprachen Alfred Dannenberg, AfD-Abgeordneter im Niedersächsischen Landtag, sowie der Agrarpolitische Sprecher der FPÖ, Abgeordneter zum Nationalrat Peter Schmiedlechner. Einen Blick auf die Bauernproteste aus der Perspektive der Medien gab Holger Douglas (Tichys Einblick).

Alle Anwesenden waren sich einig, dass unsere Heimat Bauern braucht und ein Kurswechsel in der Agrarpolitik dringend notwendig ist. Das Agrarsymposium war eine gute Gelegenheit, um mit den anwesenden Landwirten über die bisherigen Anträge und die politische Arbeit der AfD-Frakturen in den Parlamenten zu sprechen. Die AfD-Frakturen präsentierten sich als verlässlicher Partner und Mitstreiter an der Seite unserer Landwirte.



Migration und Analphabetismus

Die AfD-Fraktion schlägt vor, mithilfe der Volkshochschulen die Deutschkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund zu verbessern

Es sind Zahlen, die schockieren: In Deutschland waren im Jahr 2020 fast ein Fünftel der Teilnehmer von Integrationskursen Analphabeten. 20,1 Prozent der Integrationskurse im Jahr 2021 waren daher Alphabetisierungskurse. Im Jahr 2023 haben alle Bundesländer zusammen 6,3 Milliarden Euro für Integrationskurse ausgegeben, davon allein 1,4 Milliarden für Kurse zur Alphabetisierung. Die Zahlen sind alarmierend und das Ergebnis der zügellosen Einwanderungspolitik Angela Merkels und deren Fortsetzung durch die Ampelregierung. Klar ist: Um sich in Deutschland – in einer bisher fremden Kultur mit fremder Sprache – integrieren zu können, ist es unerlässlich, zumindest über grundlegende Kenntnisse der deutschen Sprache in Wort und Schrift zu verfügen.

Mit der Großen Anfrage »Alphabetisierung von Asylsuchenden, Asylantragstellern, Schutzberechtigten oder Bleibeberechtigten und Integrationsarbeit« hat die AfD-Bundestagsfraktion bei der Bundesregierung um Antwort auf unsere Fragen gebeten.



Bundestagsdrucksache 20/11885

Alphabetisierung von Asylsuchern, Asylantragstellern, Schutzberechtigten oder Bleibeberechtigten und Integrationsarbeit

Doch die Ampelkoalition drückt sich um das unangenehme Thema herum: Unsere 22 Fragen zu die-

sem Thema wurden entweder ausweichend oder häufig nur unzureichend beantwortet.

Bereits im Jahr 2020 räumte Hans-Eckhard Sommer, Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, ein: »Wir waren uns immer bewusst, dass über den Fluchtweg nur wenige Fachkräfte ankommen.« Diese Aussage kommt einem Offenbarungseid gleich. Denn für die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt – nicht in unsere sozialen Sicherungssysteme – stellt dies ein großes gesamtgesellschaftliches Problem dar.

Übereinstimmend stellen Studien immer wieder einen Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und Sprachkompetenzen her. Gute Deutschkenntnisse sind die notwendige Voraussetzung dafür, dass Kinder mit Migrationshintergrund dem Schulunterricht folgen können. Für den späteren Bildungserfolg ist es daher unverzichtbar, dass Kinder von Anfang an beim Erlernen der deutschen Sprache unterstützt und gefördert werden.

Vorschulpflicht für Kinder ohne Deutschkenntnisse

Die gegenwärtige Situation sieht jedoch anders aus: Deutschlandweit werden nichtmuttersprachliche Kinder ohne Hoffnung auf einen signifikanten Bildungserwerb in den Schulklassen »geparkt«. Dies führt im Ergebnis regelmäßig zum Sitzenbleiben ganzer Gruppen in den Grundschulklassen. Die Gräfenau-Grundschule in der Stadt Ludwigshafen, in der im Jahr 2023 gleich 39 Kinder die 1. Klasse wiederholen mussten, steht hier stellvertretend als mahnendes Beispiel für die Auswirkungen einer verfehlten Integrations- und Bildungspolitik.

Die AfD-Bundestagsfraktion kritisiert die bestehenden Missstände nicht nur – sie zeigt auch Lösungswege auf: In dem Antrag »Kinder mit und ohne Deutschkenntnisse für den gemeinsamen Erfolg getrennt unterrichten« ([siehe unten](#)) legen wir dar, dass Deutschland seit vielen Jahren versucht, eine enorme Anzahl von nichtmuttersprachlichen Kindern – allein 200.000 davon aus der Ukraine – in den Regelschulbetrieb zu integrieren. Dies gelingt mehr schlecht als recht. Die Leidtragenden sind deutschsprachige und fremdsprachige Schüler gleichermaßen.

Die Lösung für dieses Problem sehen wir in der Einführung eines verbindlichen Vorschulprogramms in Volkshochschulen für Kinder, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, um

eine Grundschule in Deutschland zu besuchen. In Deutschland gibt es aktuell 858 Volkshochschulen. Diese wurden im Jahr 2020 vom Bund mit einem Budget von 1,25 Milliarden Euro gefördert.

Bekannt ist auch, dass Volkshochschulen Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement betreiben und von ihren Teilnehmern Leistung und Integration fordern. Neben Kursen aus dem Themenkomplex Gesundheit werden an Volkshochschulen am häufigsten Sprachkurse abgehalten, wobei innerhalb des Programmpunkts »Sprachen« der Fokus auf Kurse für »Deutsch als Fremdsprache« liegt. Anstatt die Volkshochschulen jedoch vorrangig mit Integrations- und Inklusionsarbeit auszulasten, erachten wir es als sinnvoller, dass diese Kindern ohne Deutschkenntnisse einen gesonderten Unterricht anbieten.

Unser Antrag fordert die Bundesregierung daher auf, zusammen mit den Bundesländern für eine Bund-Länder-Vereinbarung einzutreten. Ziel dieser Vereinbarung soll es sein, die notwendigen rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, um die Volkshochschulen für den Unterricht nichtmuttersprachlicher Kinder adäquat auszustatten. Unser Ziel ist es, dass künftig die Volkshochschulen diese Kinder auf die Teilnahme am Unterricht in deutschen Grundschulen sprachlich ausreichend vorbereiten.

Der Antrag der AfD-Fraktion wurde im Bildungsausschuss des Deutschen Bundestages vorgestellt und beraten. Ergebnis: Die Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke haben den Antrag abgelehnt. Das zeigt leider einmal mehr, dass die Arbeit der AfD-Fraktion von den anderen Fraktionen im Bundestag behindert wird – unabhängig davon, wie vernünftig und nachvollziehbar unsere Anträge sind. Dies ist umso abwegiger angesichts der Tatsache, dass die AfD-Fraktion die Massenmigration nach Deutschland nicht zu verantworten hat.

Der steigende Analphabetismus in Deutschland ist ein zugewandertes Problem. Es muss dringend gelöst werden.



Bundestagsdrucksache 20/9766

Kinder mit und ohne Deutschkenntnisse für den gemeinsamen Erfolg getrennt unterrichten



Bild: Alamy Stock / circuleart

Diplomatische Vorarbeit

Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, die Voraussetzungen für die Ausweisung ausreisepflichtiger Personen zu schaffen

Deutschlands Kosten für die ungezügelter Einwanderung überschreiten seit Langem jedes erträgliche Maß. Dabei könnten sofort entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden, wie die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag aufzeigt. Hierzu bedarf es nur des Willens zu einer konsequenten, an den Bedürfnissen unseres Landes ausgerichteten Außenpolitik – ein Wille, der den restlichen Fraktionen im Bundestag offensichtlich fehlt.

Syrer und Afghanen stellen in Deutschland nachweislich die meisten Asylanträge; siehe den Bericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom August 2024. Daran hat sich seit der Migrationskrise 2015 nichts geändert. Von Januar bis August 2024 sind insgesamt fast 80.000 Migranten aus Syrien und Afghanistan nach Deutschland eingewandert – das entspricht einer deutschen Stadt von der Größe Wilhelmshavens. Wenige Tage vor

den Wahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg hat die Bundesinnenministerin Nancy Faeser öffentlichkeitswirksam 28 afghanische Straftäter ausgeflogen. Das war das erste Mal überhaupt seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021, also vor über drei Jahren, dass Menschen nach Afghanistan abgeschoben wurden.

Umbruch nach Abschiebung von Afghanen schaffen

Mit mehreren Anträgen forderte die AfD-Fraktion Ende September 2024 die Bundesregierung auf, endlich auch die diplomatischen Voraussetzungen für eine massenhafte Rückführung ausreisepflichtiger Afghanen und Syrer zu schaffen. Mit dem Antrag »Verbesserung von Abschiebungsmöglichkeiten – Eröffnung eines deutschen Verbindungsbüros in Kabul« ([Bundestagsdrucksache 20/12973](#)) wollen wir:

1. Deutschlands Interessen in der afghanischen Hauptstadt gegenüber der Taliban-Regierung vertreten, ohne diese anzuerkennen. Eine weitere Verweigerung von Kontakten zur afghanischen Regierung in Kabul ist kurzsichtig, migrationspolitisch unvernünftig und überlässt Konkurrenten wie der Türkei, Saudi-Arabien oder China und Russland das Feld.

2. mit dem Verbindungsbüro in Kabul und einem entsprechenden Repräsentanten die Rückkehr afghanischer Staatsbürger aus Deutschland koordinieren, Kontakte zur afghanischen Wirtschaft erleichtern und nicht zuletzt die Sicherheitslage vor Ort beobachten – insbesondere die Aktivitäten des ISPK (Islamischer Staat – Provinz Khorasan), der für Deutschlands Sicherheit gefährlichsten Terrororganisation.

3. ein deutsches Verbindungsbüro in der Liegenschaft der bisherigen deutschen Botschaft in Kabul eröffnen. Vorbild für das Verbindungsbüro ist die Ebene der Kontakte zwischen Berlin und Taipeh, wo das Deutsche Institut Taipeh als deutsche Auslandsvertretung fungiert.



Unser weiterer Antrag »Kein deutsches Steuergeld für die Tätigkeit der Vereinten Nationen in Afghanistan gewähren – Mögliche Zahlungen an die Taliban aufklären« (**Bundestagsdrucksache 20/12975**) soll die deutsche Bundesregierung dazu bewegen, den Schutzgeldskandal der Vereinten Nationen lückenlos aufzuklären. Laut einem internen Bericht der Vereinten Nationen, der in die Presse gelangt war, wollten die Vereinten Nationen im Jahr 2022 sechs Millionen Dollar an die Taliban zahlen. Hierbei sei es um die Subventionierung der Löhne von Taliban-Kämpfern gegangen, die die in Afghanistan stationierten Einrichtungen der Vereinten Nationen bewachten.

Syrer nach Syrien – damit der Wiederaufbau gelingt

Die AfD-Fraktion stellt sich entschieden gegen diesen Missbrauch von deutschem Steuergeld, das mutmaßlich über die Vereinten Nationen indirekt an die Taliban geflossen ist. Die Bundesrepublik Deutschland ist weltweit der zweitgrößte Geldge-

ber der Vereinten Nationen. Wir rufen daher die Bundesregierung auf, eine umfassende Aufklärung über die Zahlung von Schutzgeld durch die Vereinten Nationen an die Taliban einzuleiten und bis zur Publikation eines entsprechenden Berichts die deutschen Zahlungen an Organisationen, Programme und Projekte der Vereinten Nationen in Afghanistan einzustellen.

Schließlich verlangt die AfD-Fraktion in einem dritten Antrag, die deutsche Botschaft in Damaskus wiederzueröffnen. Dadurch soll eine professionelle Koordination für rückkehrbereite und rückkehrpflichtige Syrer aus Deutschland ermöglicht sowie – insbesondere im Hinblick auf den Wiederaufbau Syriens – eine zentrale Anlaufstelle für deutsche und syrische Vertreter aus der Wirtschaft geschaffen werden (**Bundestagsdrucksache 20/12974**).



Bericht BAMF:
Asylzahlen im August 2024



Bundestagsdrucksache 20/12973

Verbesserung von Abschiebungsmöglichkeiten –
Eröffnung eines deutschen Verbindungsbüros in
Kabul



Bundestagsdrucksache 20/12975

Kein deutsches Steuergeld für die Tätigkeit der Ver-
einten Nationen in Afghanistan gewähren –
Mögliche Zahlungen an die Taliban aufklären



Bundestagsdrucksache 20/12974

Wiedereröffnung der deutschen Botschaft in
Damaskus



Rede von Joachim Wundrak zu den drei
Anträgen

<https://www.youtube.com/watch?v=gOgdPLq3C-Q>



Rede von Stefan Keuter zum 3. Jahrestag der
Evakuierungsmission in Afghanistan

<https://www.youtube.com/watch?v=6KGtmPkPOFg>



Bild: Wikimedia Commons / Lear 21 at English Wikipedia / ZDC BY-SA 3.0

Gesamtdeutscher Tag der Freude

Der Fall der Berliner Mauer war ein Glücksfall für unsere Nation. Die AfD-Fraktion hält die Erinnerung daran wach

Der Tag des Mauerfalls vor 35 Jahren – ein Glückstag für ganz Deutschland! Die AfD-Fraktion gedachte dieses wichtigsten Ereignisses der jüngeren deutschen Geschichte mit einer Veranstaltung im Deutschen Bundestag.

Die Erinnerung an das Unrecht, das vielen Menschen in der DDR widerfuhr, ist für unsere Fraktion Verpflichtung und Mahnung zugleich. Mit einer Vielzahl an parlamentarischen Initiativen forderten unsere Abgeordneten in dieser und in der letzten Wahlperiode eine angemessene Anerkennung und Entschädigung für die ehemaligen politischen Häftlinge und Verfolgten der SED-Diktatur. Die verschiedenen Anträge, Anfragen und Gesetzentwürfe sind in der Broschüre »Erinnerung – Mahnung – Verpflichtung. Die parlamentarische Arbeit der AfD-Bundestagsfraktion zur Erinnerung an den demokratischen Widerstand und die Opfer der SED-Diktatur« dokumentiert.

Zum 35. Jahrestag des Mauerfalls brachte die Bundestagsfraktion zusätzlich die Anträge »Gerechtigkeit für Familien schaffen, die in der DDR und SBZ Opfer von staatlich organisiertem Kindesraub wurden« und »Erinnerung an die kommunistische Gewaltherrschaft in Deutschland neu aufstellen« in den Bundestag ein. Erst jetzt nahmen sich die Abgeordneten der anderen Fraktionen und Gruppen der in unseren Anträgen angesprochenen Sachverhalte an.



**Nie wieder Sozialismus!
Die AfD-Bundestagsfraktion zum Mauerfall vor 35 Jahren**

<https://www.youtube.com/watch?v=YgaCvFfjAZo>



Gedenkveranstaltung der AfD-Bundestagsfraktion zum 35. Jahrestag des Mauerfalls

<https://www.youtube.com/watch?v=gOU1FXD3dME>



Diese Situation spiegelt sich auch in der parlamentarischen Arbeit wider. Es ist erkennbar, dass die Kartellparteien und -fraktionen nur zum Schein an einer Wiedergutmachung des kommunistischen Unrechts auf deutschem Boden interessiert sind.

Die AfD-Fraktion meint es ernst mit der Gerechtigkeit

Dies hat sich insbesondere bei der Anhörung im Rechtsausschuss zu dem völlig ungenügenden »Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR« der Bundesregierung gezeigt. Der Gesetzentwurf wurde von den anwesenden Fachleuten heftig kritisiert. Wir sind die einzige Fraktion, die dem Deutschen Bundestag einen eigenen Antrag zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für die Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR und SBZ vorgelegt hat.

Trotz anderslautender Lippenbekenntnisse glänzte die CDU/CSU-Fraktion hier mit Untätigkeit. Wie stiefmütterlich die anderen Fraktionen dieses Thema behandeln, zeigt der nach dem Zerfall der Regierungskoalition von ihnen gefasste Beschluss, den oben erwähnten Gesetzentwurf der Bundesregierung in den verbleibenden Sitzungen des Bundestages nicht weiter zu beraten.

Anstatt zusammen mit uns die oftmals prekäre wirtschaftliche Lage der ehemaligen Häftlinge und der Opfer von politischer Zersetzung zu verbessern, sorgt sich insbesondere die CDU/CSU-Fraktion um die Aufrechterhaltung einer mit »Brandmauer« etikettierten rigorosen parteipolitischen Abgrenzung zur AfD-Bundestagsfraktion. Der CDU/CSU-Fraktionschef und Kanzlerkandidat Friedrich Merz kann es nach eigener öffentlicher Aussage nicht ertragen, wenn durch eine »Zufallsmehrheit« Gesetze mit den Stimmen der AfD-Fraktion verabschiedet werden.



Broschüre »Erinnerung-Mahnung-Verpflichtung«

https://afdbundestag.de/wp-content/uploads/2024/11/broschuere_35-Jahre-Mauerfall_dinA4_hoch_v9.0-DIGITAL.pdf



Bundestagsdrucksache 20/13621

Gerechtigkeit für Familien schaffen, die in der DDR und SBZ Opfer von staatlich organisiertem Kindesraub wurden



Bundestagsdrucksache 20/13622

Erinnerung an die kommunistische Gewaltherrschaft in Deutschland neu aufstellen – Tag des Volksaufstandes in der DDR zum Feiertag erheben, Bau des Mahnmals beschleunigen und Wissensvermittlung gewährleisten



Anhörung im Deutschen Bundestag:
»Umfassende Kritik an Regierungsplänen für SED-Opfer«

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw45-pa-recht-rehabilitierungsrechtliche-vorschriften-1025102>



Bundestagsdrucksache 20/12971

Gerechtigkeit für die Opfer politischer Verfolgung in der ehemaligen SBZ und DDR – Beweislastumkehr bei Anerkennung von Gesundheitsschäden gesetzlich verankern, Zuwendungen für Haftopfer anheben und Bedürftigkeitsprüfung abschaffen

Auch die Brandmauer wird fallen

So wie die Mauer in Berlin gefallen ist, wird in den deutschen Parlamenten auch die sogenannte Brandmauer fallen, auf die Friedrich Merz, Olaf Scholz und andere Vertreter der im Bundestag vertretenen Parteien immer wieder verweisen. Die Spaltung der Deutschen in gute und schlechte Demokraten lässt sich nicht rechtfertigen. Eine Politikwende ist in Deutschland nur mit der AfD-Fraktion möglich, nicht gegen sie. Die CDU/CSU-Fraktion wird weiter an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie auch künftig aus Angst vor den Stimmen aus unserer Fraktion das Gemeinwohl außer Acht lässt und stattdessen lieber den Verlust der eigenen politischen Identität durch das gemeinsame Agieren mit den anderen Fraktionen in Kauf nimmt. Je stärker die AfD-Fraktion im neuen Bundestag wird, desto früher fällt die Brandmauer.

Auch im 21. Deutschen Bundestag wird sich die AfD-Fraktion konsequent und nachdrücklich für die Anerkennung, Rehabilitation und Entschädigung der Opfer des SED-Unrechtsregimes in der DDR einsetzen.



IMPRESSUM

Herausgeber:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Dr. Götz Frömming MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:

Pressestelle und Mediengestaltung

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Januar 2025

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

FOLGEN SIE UNS

-  [AfDBundestag.de](https://www.afdbundestag.de)
-  [fb.com/AfDimBundestag](https://www.facebook.com/AfDimBundestag)
-  [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
-  [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://www.youtube.com/AfDFraktionimBundestag)
-  [instagram.com/
afdimbundestag/](https://www.instagram.com/afdimbundestag/)
-  [tiktok.com/
@afdfraktionimbundestag](https://www.tiktok.com/@afdfraktionimbundestag)
-  Rundbrief-Abonnement:
<https://t1p.de/ycsg>

